

21.09.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

**Fit für Demokratie:
Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken**

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Marcus Optendrenk MdL

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/7914, wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“, Drucksache 17/7914, wurde am 27. November 2019 vom Plenum federführend an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Wissenschaftsausschuss, den Integrationsausschuss und an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

B Beratung

Der Hauptausschuss befasste sich mit dem Antrag erstmalig in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 und beschloss die Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen im Mai 2020.

Im März 2020 wurde der Antrag „Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze“, Drucksache 17/8746, zur federführenden Beratung und der Antrag „NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus“, Drucksache 17/8778, vom Plenum zur Mitberatung an den Hauptausschuss überwiesen. Aufgrund der ähnlichen Thematik verständigten sich der Hauptausschuss und der Innenausschuss (in dessen Federführung der Antrag „NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus“ liegt) darauf, eine gemeinsame Anhörung zu allen drei Anträgen durchzuführen. Der Integrationsausschuss und der Ausschuss für Schule und Bildung teilten mit, sich pflichtig beteiligen zu wollen.

Die Anhörung wurde am 1. Oktober 2020 durchgeführt. Die Sachverständigen wurden gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu den Anträgen zu nehmen. Zum Zeitpunkt der Anhörung der geladenen Sachverständigen lagen folgende Stellungnahmen vor:

Geladen	Teilnehmende	Stellungnahme
Brigitte Rheims OBR – Opferberatung Rheinland c/o IDA-NRW Düsseldorf	Fabian Reeker	17/3056
Heiko Klare Mobile Beratung NRW Regierungsbezirk Münster c/o Geschichtsort Villa ten Hompel Münster	Nina Bramkamp Marat Trusov	17/3062
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW Staatskanzlei des Landes NRW Düsseldorf	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	17/3063

Geladen	Teilnehmende	Stellungnahme
Alexander Häusler Hochschule Düsseldorf FB Sozial- und Kulturwissenschaften Düsseldorf	Alexander Häusler	17/3055
Sebastian Fiedler Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband NRW Düsseldorf	Sebastian Fiedler	17/3083
Maike Finnern Gewerkschaft Erziehung und Wissen- schaft Landesverband NRW Essen	Sebastian Krebs Florian Beer	17/3068
Professor Dr. Andreas Zick Universität Bielefeld Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Bielefeld	Professor Dr. Andreas Zick	17/3061
Tomas Spahn Forschungsgemeinschaft Ethik und Poli- tik c/o Fortschritt in Freiheit e. V. Köln	Torsten Kurschus	17/3050
Dr. Andreas Schulze Leiter des Regionalbüros Westfalen Konrad-Adenauer-Stiftung e.V Dortmund	Keine Teilnahme	17/3058
Professorin Dr. Stefanie Schüler- Springorum TU Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin	Professor Dr. Uffa Jensen	17/3053
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Frei- heit Potsdam	Klaus Füßmann	17/3069
Professor Dr. Thomas Grumke Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Studienort Gelsenkirchen Gelsenkirchen	Professor Dr. Thomas Grumke	17/3072
Professor Dr. Jürgen Wilhelm Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jü- dische Zusammenarbeit e.V. Köln	Professor Dr. Jürgen Wilhelm Dr. Marcus Meier	17/3043

Geladen	Teilnehmende	Stellungnahme
Dr. Dieter Wiefelspütz	Dr. Dieter Wiefelspütz	17/3076
Dr. Jan Schedler Ruhr-Universität Bochum Fakultät für Sozialwissenschaft Bochum	Dr. Jan Schedler	17/3073
Sophie Brüss Sabra – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus Düsseldorf	Sophie Brüss Clemens Hötzel	17/3060
Wolfgang Fuhl	Dr. Stefan Pincus	17/3070
Landesjugendring Düsseldorf	Maja Tölke Inken Renner	17/3059
Freie Wohlfahrtspflege NRW LAG-Geschäftsstelle c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. Köln	Christiane Grabe	17/3054
AGOT NRW Düsseldorf	Sarah Löhl Andrea Heinz	17/3044

Schriftliche Stellungnahmen wurden zudem von folgenden Institutionen und Verbänden erbeten:

Weitere schriftliche Stellungnahmen	
Städtetag Nordrhein-Westfalen Gereonstraße 18 - 32 50670 Köln	17/3007
Städte- und Gemeindebund NRW Kaiserswerther Straße 199-201 40217 Düsseldorf	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Kavalleriestraße 8 40213 Düsseldorf	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Gereonstraße 18 - 32 50670 Köln	

Weitere schriftliche Stellungnahmen	
Katholisches Büro NRW Leiter Antonius Hamers Hubertusstraße 3 40219 Düsseldorf	17/3004
Evangelisches Büro NRW Kirchenrat und Beauftragter der Evangelischen Kirchen, Rüdiger Schuch Hubertusstraße 3 40219 Düsseldorf	17/3025
Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen	17/2987
Landschaftsverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R. Paul-Spiegel-Platz 1 40476 Düsseldorf	17/3038
Landschaftsverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe K.d.ö.R. Prinz-Friedrich-Karl-Str. 12 44135 Dortmund	17/3037

Die Anhörung ist mit Ausschussprotokoll 17/1147 dokumentiert.

Sowohl der nachrichtlich an den Beratungen beteiligte Wissenschaftsausschuss als auch der pflichtig beteiligte Ausschuss für Schule und Bildung schlossen ihre Beratungen zu dem Antrag „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“ einvernehmlich ohne Votum ab.

Der Integrationsausschuss beriet den Antrag „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“ final in seiner Sitzung am 1. September 2021. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag, Drucksache 17/7914, abgelehnt.

Auch der Innenausschuss votierte am 2. September 2021 mehrheitlich gegen den Antrag, Drucksache 17/7914. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl der Innenausschuss dem Hauptausschuss die Ablehnung des Antrags „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“.

Der Hauptausschuss berät den Antrag „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“, am 16. September 2021 gemeinschaftlich mit den anderen Anträgen (Drucksache 17/8746 und Drucksache 17/8778) zum Themenkomplex Rechtsextremismus und nimmt eine Auswertung der Anhörung vor.

Die Anhörung sei sehr erhellend gewesen, meint die Fraktion der SPD. Sie habe aufgezeigt, wo konkret Nachholbedarf bestünde und wie wichtig Bildung als präventive Maßnahme sei. Die SPD bedaure, dass es in den langen, interfraktionellen Beratungen zu keinem gemeinsamen Antrag gekommen sei; die Zielsetzung wäre aber bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieselbe.

Die CDU-Fraktion bekräftigt, offen für Diskussionen zu sein. Die vorliegenden Anträge zum Thema Rechtsextremismus seien aber teilweise veraltet. Mehrere der geforderten Maßnahmen wären bereits von den regierungstragenden Fraktionen auf den Weg gebracht worden. So gäbe es inzwischen eine Antisemitismusbeauftragte, mit der man im ständigen Austausch stehen würde. Die gewünschten Meldestellen werden eingerichtet und auch die Haushaltsmittel stiegen stetig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnert an die rechtsextremen Anschläge und Attentate der vergangenen zwei Jahre. Die vorliegenden Anträge hätten nichts von Ihrer Aktualität verloren. Der Extremismus in Nordrhein-Westfalen zeige sich sehr gewalttätig. Mit Blick auf die seit einiger Zeit massiv zunehmenden Verschwörungsmymen müsste dringend mehr Aufklärung betrieben werden.

Kritik übt die AfD-Fraktion an den Anträgen, die nicht zwischen den verschiedenen Formen des Extremismus unterscheiden, sondern diesen immer dem rechten Spektrum zuordnen würden. Die Staatsgewalt müsse gegen jeden Extremisten, gleich welcher Couleur, vorgehen.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Rechtsextremismus als zur Zeit stärksten und gefährlichsten Extremismus einschätze. Dieser betreibe systematisch die Delegitimation des Staates. Gemeinsame Herausforderung und Aufgabe des Parlaments sei es, geeigneten „Gegenmaßnahmen“ zu finden und entschieden an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken.

Es seien viele Anregungen aus den Anträgen bereits aufgegriffen worden, erklärt die Landesregierung abschließend. Eine institutionelle Förderung aller vorgeschlagenen Maßnahmen sei jedoch nicht möglich. Fördermittel würden indes mehrjährig zur Verfügung gestellt und mit dem „Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sei man auf einem guten Weg.

Sodann erfolgt die Abstimmung des Antrags „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“.

C Abstimmung und Ergebnis

Der Hauptausschuss empfiehlt, mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/7914, abzulehnen.

Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender